

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.60 Mk. Postzusatz 20 Pf. (März 2. Mark ohne Postzusatz). Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Quadratmaß berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für 6 Wochen 2.00 Mk. Familienanzeigen und Stellensuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 10 mm breite Reklamette 20 Pf., außerhalb 25 Pf., Offertengebühr 20 Pf., usw. Aufträge gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Viepich & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1088 Dresden

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachbestellungen: 20 011

Rothdruck nur mit deutlicher Querschnittangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gärung im deutschen Parteiwesen.

Der Einbruch des Klassenkampfgedankens in die Parteien. Parallelererscheinungen auch auf der Rechten. Die Resonanz bei der Sozialdemokratie. — Das Ergebnis der Fünf-Mächte-Besprechungen.

Auflösungsercheinungen des demokratischen Systems.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. März. In der deutschen Parteipolitik ist durch verschiedene bemerkenswerte Vorgänge eine eigenartige Bewegung ausgelöst worden, die in politischen Kreisen als sehr ernsthafte Erscheinung des parlamentarischen Systems schlechthin beurteilt wird. In den Parteien selbst, und zwar von rechts bis zur Mitte, rücken bestimmte Gruppen zusammen und versuchen, eine besondere Haltung einzunehmen. Man deutet dies in politischen Kreisen als den Kampf, den diejenigen in den Parteien, denen es in höherem Sinne um Politik geht, gegen die gewerkschaftlich-bürokratische Richtung in ihren eigenen Reihen aufnehmen müssen, da ihnen, wenn oft auch nur verdeckt, der Vorwurf gemacht wird, sie hätten als Politiker versagt. Diese Auseinandersetzung ist von so grundsätzlicher Bedeutung, daß man an ihr nicht wortlos vorübergehen kann. So vertritt z. B. bei der Deutschen Nationalen Partei der Gewerkschaftsflügel eine unter Führung von Lamach unter der Parole

„Christlich-nationale Selbsthilfe“ die Forderung zu erringen. Auch in der Volkspartei sind ähnliche Bestrebungen zu bemerken. Man denke etwa daran, daß der staatspolitisch orientierte Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth, der von dem Reichsnationalen Handlungsgeschäftensverband herausgehoben ist, nunmehr als Spitzenkandidat des Wahlkreises Düsseldorf-11 Platz machen mußte.

Am schnellsten hat sich die Auseinandersetzung im Zentrum ausgewirkt und ist hier vor allen Dingen bekannt geworden durch einen sachlich außerordentlich interessanten Aufsatz, den der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth unter der Ueberschrift: „Wohin, Freud und Jamdusch?“ in seinem Organ, der „Deutschen Republik“, veröffentlicht hat. Ohne Zweifel enthält dieser Aufsatz Stellen, denen unter dem Gesichtspunkt der Staatspolitik bei der Abwehr bürokratischer Bestrebungen in der Politik selbst zugestimmt werden kann. Dr. Wirth macht darauf aufmerksam, daß es bei den Kämpfen in den Parteien vor allem um „Politik“ geht, d. h. um politische Führung, die zurückgebrängt werden soll durch die Organisationsinteressen der gewerkschaftlich gebundenen Massen. Er wendet sich scharf

gegen die Bürokratie und die gewerkschaftliche Organisation

und stellt weiter fest, daß es zwischen einem Gewerkschaftler und einem Politiker zurzeit fast noch größere Gegensätze gebe, als zwischen einem demokratischen Politiker und einem Zentrumsbürokraten, der nur „auf dem Boden der Verfassung“ steht, ohne ihren lebendigen Inhalt als seine eigene Sorge in sich zu tragen. Wie kommt es, fragt Dr. Wirth, daß zurzeit schon von einer Kluft zwischen Politik und christlich-nationaler Arbeiterbewegung gesprochen werden muß? Wie ist es möglich, daß christliche Arbeiterführer, darunter auch Herr Imbusch, auf dem Reichsparteiausschuß des Zentrums in so unerhört scharfer Form sich gegen die Akademiker und die Intellektuellen in der Partei gewandt haben? Was geht im Zentrum vor? Wirth antwortet: Der Gewerkschaftler als Gewerkschaftler soll die Politik eindringlicher als bisher bestimmen können. Daher der Antiteilnehmendismus, daher auch die Verdrossenheit der politischen Betrachtungsweise. Der Gewerkschaftler als Gewerkschaftler will Partei und Politik dirigieren. Nach dieser Schlussfolgerung wirft Wirth Stegerwald und Imbusch vor, sie verzichten darauf, innerhalb des Parlaments die parlamentarisch-politische Konsequenz zu ziehen; sie äßen sich politisch auf das Gewerkschaftliche zurück und kämen dabei zu Tendenzen, die mit gewissen sozialistischen Gedankengängen verwandt seien. Dr. Wirth weist dann darauf hin, daß

eine solche Demokratie der Arbeiterklasse das Ende der Demokratie schlechthin
bedeuten müsse und fragt Imbusch und Stegerwald, ob sie sich solcher Folgen ihrer einseitigen gewerkschaftlichen Haltung bewußt seien. Schließlich legt er sich dafür ein, daß die Zentrumspartei eine bewußt politische Partei sein müsse und daß eine Verhärtung der gewerkschaftlichen Gruppe für das Zentrum keinen politischen Fortschritt, sondern eine innere Auflösung seiner politischen Aktionskraft darstellen müsse. Beim Vordringen des Klassenmäßigen in der deutschen Gesellschaft und im Parlament könne politische Führung nicht mehr möglich bleiben. „Keine Perren!“ so schließt Wirth, „Sie sind auf dem Wege in die Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus, in seine unpolitische Form, nämlich in die des Syndikalismus.“

Dieser Wirthsche Standpunkt wird merkwürdigerweise auch in der „Germania“ vom 3. März durch einen Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Andre (Stuttgart) sekundiert, in dem es u. a. heißt: „Wer politisch fühlt und denkt, ist entsetzt, wenn er den Aufmarsch der verschiedensten Interessengruppen zu den kommenden Wahlen sieht. Würden alle diese Bestrebungen Erfolg haben, dann würde der Reichstag als Ganzes aufgelöst sein. Ein derartiges Parlament wäre überhaupt nicht mehr in der Lage, die für unser Volkstieben entscheidenden politischen Fragen zu meistern, von deren guter Lösung auch die Lösung der meisten Ständes- und Berufsfragen mit abhängen wird. Am Ende dieser Kur-Standes-

kandidaturen steht ein Volk, das sich zuletzt in den Händen der mächtigsten Interessen des modernen Bank- und Börsekapitals, der Schwerindustrie und ähnlicher Kreise befindet. Am Ende dieser Entwicklung steht die Diktatur oder der Volksherrschaft.“

Wie tief der Wirthsche Vorstoß gewirkt hat, geht aus Stegerwalds Antwort in Duisburg

hervor. Stegerwald unterrichtet zunächst, daß an eine Trennung der christlichen Gewerkschaften vom Zentrum, die bekanntlich vor Wochen von dem Abg. Imbusch angedroht wurde, nicht mehr zu denken sei. Die christlichen Gewerkschaften nehmen mit dieser Rede den **Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie** auf, und zwar mit einer solchen Schärfe, daß zunächst von einem hier und da schon erwarteten Zusammengehen für eine kommende Weimarer Koalition noch nicht die Rede sein kann. Was die Stellungnahme gegen die Beamtenbesoldung angeht, so teilte Stegerwald mit, daß dafür Reichsfinanzminister Köhler verantwortlich sei, der bekanntlich, worauf Stegerwald ausdrücklich hinwies, dem Reichsbanner angehört. Dann besahe sich Stegerwald mit der Wirthschen Politik und lehnte es ab, daß aus den christlichen Gewerkschaften zentrumspolitische Organisationen gemacht werden sollen, die unabhängig sich nur noch für das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten einlegen sollen.

Zum Schluß läßt Stegerwald seine Stellungnahme in folgenden programmatischen Punkten zusammen: Nachdem der Staat gesichert sei, gelte es, feste wirtschaftliche Grundlagen für das deutsche Volk zu schaffen. Die Staatsführung habe jetzt zu beweisen, ob sie ähnlich wie Hoover in Amerika und Mussolini in Italien

das Wirtschaftsbewußtsein mit dem Volksbewußtsein zu verbinden

wisse, was nicht mit Klassenkampf, sondern nur mit dem Arbeitsgemeinschaftswillen zu erreichen sei. Andersfalls könne es keine befriedigende Regelung des Dawes-Planes, keine endgültige Sicherung der Währung, keine ausgleichende Handelsbilanz geben.

Die Sozialdemokratie rechne auf einen großen Wahlsieg. Sollte dieser kommen, so würde sie an ihm keine reine Freude haben. Höher als Staatsform und Regierungsansystem stehe die gesicherte Lebensmäßigkeit eines Volkes. Entweder beweiße die Demokratie, daß sie dafür die Kraft aufbringe, oder aber sie werde wegen oder für zu leicht befunden werden.

Diese Rede begleitet die Tageszeitung „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, mit einem Leitartikel, der in dem Aufruf gipfelt: Wir brauchen einen Frontalangriff der Arbeiter in allen bürgerlichen Parteien. Stegerwald kommentierte selbst diesen Hinweis mit der Andeutung, daß von vierzig Millionen Reichstagswählern mindestens 26 Millionen auf Arbeiter und Angehörige entfielen, wovon nur etwa die Hälfte sozialistisch oder kommunistisch wählen. Diese Gegenüberstellung ist naturgemäß dem sozialistischen „Vorwärts“ willkommen, der denn auch dazu bemerkt, daß allmählich auch bei den Arbeitern und Angehörigen, die sich noch durch ihre nationale und christliche Denkwelt an die bürgerlichen Parteien gebunden fühlten, das Klassenbewußtsein erwache.

Man sieht also, welches Echo das Streben der Gewerkschaftskreise in den einzelnen Parteien ausgelöst hat. Die Sozialdemokratie sieht darin bereits nicht ganz so unrecht

Wasser auf die Mühlen der Klassenkampfpropaganda, eine Wirkung, die Stegerwald offenbar durch seine Kampfrede gegen die Linke abzuschwächen gedachte. Sie spürt mit ihrem gewöhnlichen demagogischen Instinkt, wie ähnlich es für sie sein würde, wenn die zweifellos schwache und im Grunde wenig schöpferische politische Führung der Parteien von den kompakten Massen der gewerkschaftlich gerichteten Wähler und ihre Exponenten über den Dämon gerannt würde. Zwar ist es dem „Vorwärts“ unbedinglich, wenn Stegerwald auf Mussolini und das fragwürdige des demokratischen Systems hinwies. Aber im Grunde hat er alle Veranlassung, zu frohlocken. Je mehr die Staatspolitik und damit auch die außenpolitischen Gesichtspunkte in den Parteien durch die Sonderinteressen der Konsumentengruppen in Frage gestellt werden, um so aussichtsloser erscheint die Beseitigung und Neuwendung des deutschen Staates, die doch immer nur durch einen staatspolitischen Akt verwirklicht werden könnte. Man muß deshalb diese Tendenzen, die nicht nur im Zentrum, sondern auch in den Parteien der Rechten immer deutlicher bemerkbar werden, mit einiger Besorgnis beobachten und hoffen, daß sich gesunder Instinkt für das Wesen und das Wesentliche des Politischen doch noch gegen die Bürokratie und ihren Exponenten, nämlich das Funktionariat, in geeigneten Formen durchsetzt.

Umwälzende Erfindung für Englands Eisenindustrie.

London, 6. März. Es wird berichtet, daß der Vertreter der Firma Vindie, Duffield & Co. eine Erfindung gemacht habe, die durch Verminderung der Kosten von Fabrikarbeiten um 50 Prozent die Eisen- und Stahlindustrie von Großbritannien „revolutionärer“ werde. Es wird behauptet, daß durch diese Erfindung das Eisen zu 15 Schilling pro Tonne erzeugt werden könne. (E. T. B.)

Das Schicksalsbuch des sächsischen Volkes.

Der Leiter der sächsischen Staatsfinanzen hat mit Bezug auf den Staatshaushalt für 1928 ein treffendes Wort geprägt, indem er ihn als das Schicksalsbuch des sächsischen Volkes in großer wirtschaftlicher Not bezeichnete. Wie groß diese Not ist, zeigt insbesondere die mangelnde Bildung des Sparkapitals, das Ende 1928 mit 292 Millionen erst den Stand von 1878 erreicht hat; ein Minus in der Entwicklung, das um so empfindlicher auf die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage drückt, als Sparkapitalien zur Beschaffung von erstfälligen Hypotheken für den Wohnungsbau dringend gebraucht werden. Weiter tritt die wirtschaftliche Notlage in den Schwierigkeiten der ländlichen Betriebe sowie des Handels, des Handwerks und des Kleinergewerbes in Erscheinung. Nur für große Teile der Industrie ist eine Besserung der Konjunktur zu verzeichnen, die aber in solcher Beschränkung nicht ausreichen kann, um die herbe Sprache, die das Schicksalsbuch des sächsischen Volkes für die Allgemeinheit redet, in ihrem Eindruck zu mildern. Daß unter solchen Umständen der sächsische Finanzminister nicht auf Rosen gebettet sein kann, leuchtet ohne weiteres ein. In der gleichen Lage befinden sich freilich auch seine sämtlichen Kollegen in den übrigen Ländern, die ausnahmslos diesmal einen Defizitetat haben vorlegen müssen, weil sie vom Reiche in der Beamtenbesoldungsreform im Stich gelassen worden sind. Wie schwer abträglich sich diese Maßnahme für die sächsischen Finanzen ausgewirkt hat, kann nicht drastischer zum Ausdruck gebracht werden als durch die Feststellung des Finanzministers, daß ohne die Besoldungserhöhung und ihre unmittelbaren Auswirkungen die sächsische Regierung in der Lage gewesen wäre, den diesmaligen Etat mit einem Ueberschuß von 20 Millionen Mark vorzulegen, der dem Gesamtertrage der staatlichen Gewerbesteuer entspricht. Es ist gewiß ein bitteres Gefühl, für die Finanzverwaltung nicht minder wie für ihre Pflögebefohlener, die Steuerzahler, wenn eine so lockende Aussicht plötzlich durch eine mit zwingender Notwendigkeit sich in den Vordergrund drängende Ausgabe, auf die man zunächst nicht gerechnet hatte, zerstört wird. Die Art, wie hier die rauhe Hand der finanziellen Bedarfssteigerung vom Reiche her in die Gestaltung des sächsischen Etats eingegriffen hat, beweist wieder einmal, in wie hohem Maße die modernen Staatshaushalte der Länder eine steigende Tendenz besitzen, solange nicht die reinliche Scheidung zwischen Reichs- und einzelstaatlichen Finanzen endgültig vollzogen ist. Auf eine Verminderung der Gesamtsumme des Etats kann nur noch hoffen, wer sich mit leichten Schwingen in die lichten Höhen idealer Träume emporzuheben vermag; kaum, daß noch die Forderung nach einem Stillstand, nach einer Balancierung des Etats auf einer im wesentlichen gleichbleibenden Grundlage Aussicht auf praktische Erfüllung hat. Da bleibt denn nichts weiter übrig, als wenigstens auf der ganzen Linie den eisernen Felsen der Spararbeit zu handhaben und damit alles aus dem Etat hinauszuwerfen, was irgendwie über den Rahmen der äußersten Enthaltsamkeit hinausgeht. In diesem Punkte wäre in den Ausführungen des Finanzministers eine noch härtere Entschiedenheit und ein ins einzelne gehender Nachweis der vorgenommenen Einsparungen wünschenswert gewesen. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat seinerzeit im Reichstage in seiner Staatsrede über die Sparpolitik der Reichsfinanzverwaltung eine genaue Darlegung gegeben, so daß selbst in der Linkspresse der Erfolg seines Sparbestrebens anerkannt wurde. Der sächsische Finanzminister beschränkt sich auf die allgemein gehaltene Versicherung, daß Einsparungen bei den Ausgaben auf allen Gebieten vorgenommen wurden, muß aber selbst zugeben, daß diese Einsparungen bei den einzelnen Teilen des Etats kaum in Erscheinung treten, da fast jeder Titel durch die neue Besoldung, die Erhöhung der Angestellten- und Arbeiterbezüge sowie durch die sachlichen Mehraufwendungen vorbelastet ist. Die Ersparnisse liegen hauptsächlich auf dem Gebiete der produktiven Erwerbsloosenfürsorge und sind dort darauf zurückzuführen, daß inswischen die neue Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ins Leben getreten ist. Zu bedauern ist, daß beim Bauaufwand, der den Etat immer erheblich belastet, keine stärkeren Abschreibungen vorgenommen werden konnten, weil die Bauaufverständigen erklärten, daß sonst die Gefahr des Verfallens der Bauten heraufbeschworen würde, wodurch dann für später erhöhte Aufwendungen entstanden wären.

Anzuerkennen ist, daß trotz den schwierigen Umständen, unter denen der Staatshaushalt zustande gekommen ist, wenigstens der Fehlbetrag im ordentlichen Etat im Vergleich mit 1927 um rund 10 Millionen Mark herabgedrückt werden konnte. Es handelt sich diesmal um ein Defizit von rund 21 Millionen Mark gegen 31 Millionen Mark im Vorjahr.